

Antrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Hafenecker, Ing. Huber, Tauchner**
und **Sulzberger**

betreffend: **Keine Erhöhung der Mineralölsteuer im Bundesbudget 2011**

Das von der Bundesregierung am 23./24.10.2010 in Loipersdorf geschnürte „Spar- und Steuerpaket“ hat viel Kritik und wenig Hoffnung bei der betroffenen Bevölkerung ausgelöst. Für großen Ärger in diesem unhaltbaren Belastungsbudget sorgt vor allem auch die angekündigte Erhöhung der Mineralölsteuer. Unter dem Deckmantel „CO2-Abgabe“ wird die MÖSt bei Diesel um 5 Cent pro Liter und bei Benzin um 4 Cent pro Liter erhöht, obwohl bereits Anfang 2004 und Mitte 2007 Erhöhungen bei Diesel, Benzin und bei Eurosuper vorgenommen wurden (jeweils zwischen 3 und 5 Cent). Somit ist die von der Regierung geplante Erhöhung der MÖSt, die bisher höchste Anhebung.

In der öffentlichen Diskussion wird das Ausmaß dieser Belastung noch dadurch verharmlost, indem man die Umsatzsteuer unerwähnt lässt. Auf die MÖSt werden noch 20 Prozent USt aufgerechnet. Durch diese „Steuer auf die Steuer“ beträgt die Verteuerung bei einer Erhöhung der MÖSt um 5 Cent pro Liter real sogar 6 Cent pro Liter getanktem Treibstoff.

Bei dieser Erhöhung handelt es sich um eine erneute Massensteuer, die jeden Autofahrer in Österreich, dabei vor allem die Pendler und Familien, mit voller Härte trifft. Alleine in NÖ sind ca. 400.000 Menschen täglich auf die Benützung ihres Autos angewiesen, einfach nur deshalb, um ihren Arbeitsplatz erreichen zu können. 270.000 Niederösterreicher haben ihren Arbeitsplatz sogar außerhalb ihres Wohnbezirkes. Einem Pendler, der mit seinem Pkw im Jahr 30.000 Kilometer zurücklegt, entstehen durch die geplante Anhebung der MÖSt somit Mehrkosten in Höhe von 144 Euro jährlich (gerechnet bei Diesel, Verbrauch 8 Liter/100 Km).

Eine Familie (Pendler, 2 Pkw`s, Diesel, Verbrauch 8 Liter/100 Km) die im Jahr 60.000 Kilometer fährt, belastet diese Erhöhung bereits mit fast 300 Euro.

Die Erhöhung der Pendlerpauschale um 5 Prozent bringt den meisten betroffenen Familien und Pendlern keine Erleichterung, da erst ab einem Einkommen von mehr als 1.300 Euro brutto im Monat Einkommenssteuer zu bezahlen ist und erst dann eine

Absetzmöglichkeit besteht. Pendler mit einem Bruttogehalt von 1.500 Euro erhalten 34 Euro, bei einem Bruttogehalt von 3.000 Euro macht der Ausgleich jährlich lediglich 40 Euro aus.

Eine Erhöhung dieser Massensteuer trifft am härtesten die Klein- und Mittelverdiener, die Familien und Pendler, aber auch die Pensionisten, ist daher unsozial und strikt abzulehnen.

Neben der nicht tragbaren Belastung der österreichischen Autofahrer, Pendler und Familien, entstehen durch die geplante Erhöhung der MÖSt aber auch existenzielle Sorgen der Freiwilligenorganisationen. Diese Steuererhöhung wird auch die Existenz der Rettungsorganisationen und Feuerwehren gefährden, welche im Jahr Millionen Kilometer im Dienste der Allgemeinheit zurücklegen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und familienfeindlich entschieden ab und fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit das im Budget 2011 vorgesehene Sparpaket bezüglich Erhöhung der Mineralölsteuer zurückgenommen wird. Dieser Bereich ist neu zu verhandeln, um die Mehrbelastung von Familien zu verhindern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.